Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 224 — Nr. 29 a

Bezugspreis: monatlich 2.40 Rm., bei 2maliger Zustellung 2.60 G.-M., einschließlich Postbestellgeld. Anzeigenannahme amtlicher Postanstalten, Briefträger und unsrer Austrägerinnen nicht. — Höhere Gewalt verhindert den Verlag oder die Lieferung der Zeitung. Zeitungsbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonates angenommen.

Halle-Saale

Freitag, 4. Februar 1927

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene 54 mm breite Millimeterzeile 15 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig, Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 5 Pfennig. Die 3-gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Regierungserklärung vor dem Reichstag

Das Programm der sachlichen Zusammenarbeit

Berlin, 3. Februar. Pünktlich um zwei Uhr eröffnete heute nachmittag Reichstagspräsident **Löbe** die Reichstagssitzung. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Während der Präsident die Liste der neuen Kabinettsmitglieder bekannt gibt, nehmen diese ihre Plätze ein, zuerst der Reichskanzler, dann der stellvertretende Kanzler und Justizminister Hergt, dann Stresemann, Keudell usw. Die Namen der deutschnationalen Minister und des Ministers Geßler werden auf der Linken mit stürmischen Zwischenrufen begleitet. Zur Geschäftsordnung forderten dann zwei kommunistische Redner die Verbindung der Interpellation über das Zustandekommen der Regierung mit der Regierungserklärung. Der Kommunist **Torgler** ließ sich bei dem Vorwurf, das Konkordat habe bei dem Zustandekommen der Regierung eine entscheidende Rolle gespielt, zu schärfsten Ausdrücken hinreißen, die ihm zwei Ordnungsrufe eintrugen. Der Antrag, die kommunistische Interpellation mit der Regierungserklärung zu verbinden, wurde vom Präsidenten zurückgewiesen.

Unter den Rufen „Bürgerblockkanzler!" erschien Reichskanzler Marx auf der Rednertribüne,

und nachdem sich der Sturm der Linken gelegt hatte, ergriff er das Wort zur Regierungserklärung, in der es u. a. heißt:

Die neue Reichsregierung sei sich einig, daß die Grundlage der deutschen Politik die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform auch für ihre Arbeit volle Geltung behalten solle. Sie werde ihr gesamtes politisches Handeln entsprechend der Erklärung des Reichspräsidenten vom 20. Januar getreu der geltenden Weimarer Verfassung für das Wohl des Vaterlandes einsetzen. Das deutsche Staatswesen könne heute wieder als innerlich gefestigt angesehen werden. Es sei der feste Wille der Reichsregierung, für die geltende Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihre Organe und ihre Reichsfarben einzutreten. Jeden Versuch ungesetzlicher Abänderung der bestehenden Verfassung werde die Reichsregierung als Hochverrat ahnden. Sie werde gegen alle Vereinigungen, die den Umsturz der Staatsform bezwecken, vorgehen. Die Treuepflicht gegen die Reichsverfassung gelte vor allem auch für die Beamten. Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung schließe keineswegs aus, der großen Vergangenheit mit Achtung zu gedenken.

Die ganze heute bestehende Kultur Deutschlands sei auf christlicher Grundlage erwachsen. Aus diesem Mutterboden heraus müsse sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge würden ihre Auswirkung finden in dem geplanten Reichsschulgesetz. Nach der Reichsverfassung müßten dabei die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern sowie die Erteilung des Religionsunterrichts in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft gesichert werden.

Die Reichsregierung vertraue auf die altbewährte Treue und unentbehrliche Mithilfe der Beamtenschaft.

Für ihre Rechte und Interessen werde die Reichsregierung nach Kräften sorgen.

Was die Finanzlage des Reiches angehe, so sei es im vergangenen Jahre das Ziel der Reichsregierung gewesen, die Arbeit der Wirtschaft am Wiederaufbau Deutschlands zu fördern. Auch in Zukunft werde die Reichsregierung die Interessen des erwerbstätigen Volkes wahrnehmen. Es werde das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Uebereinstimmung mit den Ländern über das Finanzausgleichsproblem möglichst bald herbeizuführen. Die Reichsregierung habe volles Verständnis für die Wünsche der Länder auf ein gesundes Eigenleben, rechne aber auch auf das Verständnis der Länder für die finanziellen Notwendigkeiten des Reiches.

Der Wehrmacht werde die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie werde bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht zu festigen. Das Heer müsse dem politischen Kampfe entzogen werden. Das von ihm, dem Kanzler, am 16. Dezember vorigen Jahres entwickelte

Programm einer endgültigen Lösung der Reichswehr von aller Politik

werde voll zur Ausführung gebracht werden. Es müsse vor allem unmöglich gemacht werden, daß politische Verbände Beziehungen zur Wehrmacht hätten. Die Verordnung des Reichspräsidenten über ungesetzliche Einstellungen werde strengstens durchgeführt werden. Beim Rekrutierungsverfahren sollten alle verfassungstreuen Volkskreise Berücksichtigung finden. Verfassungsfeindliche Elemente müßten von der Einstellung ausgeschlossen werden. Bei der Vervirklichung dieses Programmes befinde sich der Kanzler in vollster Uebereinstimmung mit dem Reichswehrminister und dem Chef des Heeres und der Marine. Es werde und müsse durch gegenseitiges Verständnis gelingen, die Wehrfragen als Streitpunkt vom politischen Kampfplatz verschwinden zu lassen.

Auf keinem Gebiete sei die Stetigkeit in den Zielen der Reichsregierung in höherem Grade die Voraussetzung fruchtbringender Arbeit als auf dem Gebiete der Außenpolitik. Diese Stetigkeit sei Grundlage des internationalen Vertrauens. Daher werde selbstverständlich die Reichsregierung die bisherige

Außenpolitik im Sinne der bisherigen Verständigung

weiterverfolgen. Die bisherige Außenpolitik seit dem Kriegsende, die zum Dawesabkommen und Vertrag von Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund geführt habe, sei gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche. Die durch jene Akte gewonnene Entwicklung und die dadurch geschaffenen Grundlagen könnten in Zukunft allein maßgebend sein. In diesem Sinne werde die Außenpolitik weitergeführt werden. Reichskanzler und Außenminister, denen die Festsetzung der Richtlinien der Politik bzw. deren Durchführung obliege, würden ihre Aemter nicht wieder übernommen haben, wenn sie nicht die feste Gewähr dafür besäßen, daß die Absichten und Ziele der bisherigen Außenpolitik von allen Mitgliedern des Kabinetts einmütig gebilligt würden, und daß hinter dieser einmütigen Billigung diejenigen Fraktionen ständen, die die Regierung unterstützten. Das gesamte Kabinett sei einmütig in dem Beschlusse, auf der eingeschlagenen Bahn voranzuschreiten, um durch eine Politik des Rechtes und des Friedens und durch den ehrlichen Willen zur Verständigung mit den anderen Nationen für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas zu wirken. Diese Politik habe bereits die Befreiung des Ruhrgebietes, die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und die Beendigung der Tätigkeit der I. M. K. K. in Deutschland, sowie die Erledigung der Entwaffnungsrestpunkte erreicht. Auf dem gleichen Wege lägen aber noch immer schwere Aufgaben vor uns.

Die Anerkennung der völligen Gleichberechtigung Deutschlands tatsächlich durchzusetzen, sei Aufgabe der politischen Arbeit des neuen Kabinetts. An erster Stelle stehe dabei die Aufgabe, die Befreiung der zweiten und dritten Rheinlandzone von fremden Truppen durchzusetzen.

Die Reichsregierung müsse erwarten, daß sich auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewähren werde. Ueber die übrigen Aufgaben der deutschen Außenpolitik werde sich der Außenminister anläßlich der Verhandlungen über den Haushalt des Auswärtigen Amtes äußern. Eine gleiche Politik des Friedens und der Verständigung solle auch den übrigen Staaten gegenüber, insbesondere Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten von Amerika, geführt werden.

Die soziale und wirtschaftliche Lage Deutschlands stehe immer noch unter den schlimmen Folgen des Weltkrieges und der Nachkriegszeit. Die Zahl der Besitzlosen habe sich vermehrt, und die Notwendigkeit, auf den inneren Zusammenhang des Volkes bedacht zu sein, sei besonders fühlbar geworden. Vor allem müsse angestrebt werden, die ungeheure Zahl der Arbeitslosen zu verringern und ihre Lage zu verbessern. Die neue Reichsregierung werde es als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren.

Die Arbeitslosigkeit könne durch staatliche Mittel allein nicht beseitigt werden. Indessen könne dazu beigetragen werden, die Not zu lindern.

In dieser Erkenntnis werde die Regierung nach wie vor auf dem Gebiet der produktiven Erwerbslosenfürsorge wertschaffende Arbeit fördern. Ferner werde sie bemüht bleiben, durch öffentliche Aufträge die Arbeitsmöglichkeiten zu vermehren. Die Leistungsfähigkeit der Arbeitsnachweise müßte gesteigert werden. Die vermehrte Vermittlung städtischer Erwerbslosen in ländliche Arbeitsstellen seien zu fördern. Als besonders wirksames Mittel werde die Reichsregierung dem landwirtschaftlichen Siedlungswerk jede Unterstützung angedeihen lassen. Die Regierung lege größten Wert darauf, daß das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz baldigst verabschiedet werde. Der nächste Schritt werde die Schaffung einer umfassenden Arbeitsschutzgesetzgebung sein, in der die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe geregelt werden solle. Auf Grund einer solchen Gesetzgebung sei die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei entsprechendem Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer bereit. Ferner trete die Reichsregierung für einen geeigneten Ausbau der Sozialversicherung ein. Den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gelte die besondere Sorge der Reichsregierung. Die Versicherung und Versorgung bedürften aber der Ergänzung durch die Wohlfahrtspflege. Die Fürsorgepflicht-Verordnung müsse so durchgeführt werden, wie es ihr Zweck erfordere. Um dem sozialen Fortschritt in der ganzen Welt zu dienen, werde die Regierung auch weiterhin regen Anteil an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes nehmen.

Die

Bekämpfung der Wohnungsnot

werde durch Förderung des Wohnungsbaues nachdrücklich betrieben werden, insbesondere müsse dem landwirtschaftlichen Wohnungsbau Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dem Fortschreiten des Wohnungsbaues müsse der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft schrittweise folgen. Für den Kleinwohnungsbau werde die Regierung auch weiterhin öffentliche Gelder zur Verfügung stellen.

Die Solidarität der Arbeiter und Unternehmer werde die Reichsregierung mit allen Mitteln pflegen. Die Größe der sozialen Not brauche uns Deutsche nicht zu veranlassen, an der wirtschaftlichen Wiedererstarkung Deutschlands zu zweifeln. Die wachsende Verflechtung in die Weltwirtschaft und steigender Anteil am Weltmarkt berechtige zu der Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg.

Die Notlage der deutschen Wirtschaft durch Entwicklung aller deutschen Produktivkräfte nach außen und innen zu überwinden, betrachtet die Reichsregierung als eine ihrer Hauptaufgaben.

Sie wird bemüht sein, durch Ausbau des Handelsvertragswerkes und durch Exportforderung den Absatz der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu erweitern. Sie wird sich an der Weltwirtschaftskonferenz tätig beteiligen. Auch die Pflege der Landwirtschaft wird sich die Regierung ganz besonders angelegen sein lassen. Sie ist davon überzeugt, daß sie damit auch alle Gewerbe unterstützt, den Beschäftigungsgrad der Arbeiter erweitert und mittelbar die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz verbessert. Der Verschuldung der Landwirtschaft solle durch langfristige Realkredite und durch andere Abhilfe entgegengetreten werden. Daneben müßten die Bestrebungen der Landwirtschaft, die Versorgung der Bevölkerung aus eigener Erzeugung zu decken, unterstützt werden.

Für die Gesundung des Mittelstandes werde die Regierung ihr Möglichstes tun. Vor allem müßten möglichst viele Eigenbetriebe erhalten werden. Die Regierung werde daher der besonderen Notlage des Mittelstandes nach Möglichkeit Rechnung tragen. Die monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes müsse verhindert werden. Die Rationalisierung hätte ihren Zweck verfehlt, wenn sie nicht zur Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung des deutschen Volkes führen würde. Die Reichsregierung werde sich nach Kräften für die Erreichung dieses Zieles einsetzen. Dazu gehöre auch die

Förderung der Kapitalbildung, weitere Senkung des Zinsfußes und Erleichterung der Kreditgewährung.

Zur Hebung des Innenmarktes sei die Versorgung mit billiger Energie anzustreben. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik werden die Regierung bestrebt sein, die Interessen auszugleichen und alle Wirtschaftskräfte in den Dienst am Gemeinwohl einzugliedern. An diesem Ziele solle auch der endgültige Reichswirtschaftsrat mitwirken.

In der Rechtspflege seien große Aufgaben zu erledigen. Das neue Strafgesetzbuch werde in diesem Frühjahr dem Reichstag vorgelegt werden. Auch der Strafvollzug werde bald neu geregelt werden. An der Gestaltung und Fortbildung der zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen habe die Regierung großes Interesse. Sie nehme deshalb lebhaften Anteil an der bevorstehenden Rechtskonferenz im Haag und in Rom. Mit ernster Sorge erfüllten die Reichsregierung die Pressangriffe gegen Rechtsprechung und Gerichte. Gegenseitiges Vertrauen könne hier Abhilfe schaffen.

Die richterliche Unabhängigkeit werde die Reichsregierung mit allen Mitteln unterstützen.

Die schwierigen und umfassenden Aufgaben, die die Reichsregierung zu erfüllen habe, erforderten ihre ganze Tatkraft. Sie rechnet dabei auf die Mitarbeit der deutschen Volksvertretung und des gesamten deutschen Volkes. An zielbewußter Führung und Einsatz ihrer ganzen Kraft werde es die Regierung nicht fehlen lassen.

Während der Rede des Reichskanzlers machten die Kommunisten dauernd laute Zurufe, besonders bei den Stellen über die Reichswehr. Als der Kanzler betonte, die Regierungsparteien seien einmütig entschlossen, auf dem in Locarno beschrittenen Wege fortzuschreiten, wurde von den Völkischen und links lebhaft „Hört! hört!" gerufen. Zwei Kommunisten mußten wegen beleidigender Zurufe zur Ordnung gerufen werden. Die Regierungsparteien enthielten sich während der Rede aller Kundgebungen, abgesehen von vereinzelten Bravorufen. Zum Schluß der Rede des Kanzlers riefen die Kommunisten im Chor:

„Nieder mit der Regierung!"

Als der Präsident als erstes der Mißtrauensvoten das der Demokraten verlas, erschall lautes Gelächter auf der Rechten. Ferner liegt bereits ein Mißtrauensantrag der Kommunisten ebenfalls gegen das ganze Kabinett und ein weiterer kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Dr. Marx und Dr. Geßler im besonderen vor.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

Berlin, 3. Februar. Als erster Redner in der Aussprache nimmt der Abg. **Müller-Franken** (S. P. D.) das Wort. Er bespricht die Vorgänge bei der Regierungsbildung unter scharfen Ausfällen gegen rechts und erklärt unter der Heiterkeit der Linken, es sei bezeichnend, daß bei der Verteilung der Ministersessel ausgerechnet die Deutschnationalen von der jüdischen Prozentrechnung Profit gehabt hätten. Der Besiegte bei dieser Regierungsbildung ist die Deutsche Volkspartei. Dr. Marx hat mit der Bildung dieses Rechtskabinetts seine bisherige Politik und auch seine bisherigen Erklärungen verleugnet. Das Zentrum hat die Schwenkung vollzogen, weil es Neuwahlen vermeiden wollte. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. **Graf von Westarp** (Dnl.) stellt fest, daß das deutschnationale Ziel des Kölner Parteitages erreicht sei. Anstelle einer Minderheitsregierung der Mitte, die zu verständnisvoller Ar-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702042-16/fragment/page=0001

hängigkeit von der Sozialdemokratie führte, sei eine feste Regierungsmehrheit der Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen gebildet worden. Das kann und soll ein Wendepunkt in der inneren politischen Entwicklung werden. Anstelle der ewigen Regierungskrisen soll nun ruhige und praktische Arbeit am Aufbau des Vaterlandes treten. Um dieses Zieles willen haben wir, so erklärt der Redner, große Opfer bringen müssen, die bei unseren Freunden im Lande manche ernste Bedenken hervorgerufen haben. Es muß aber festgestellt werden, daß Opfer unserer Ueberzeugung nicht gebracht worden sind. Es darf festgestellt werden, daß das sogenannte Zentrumsmanifest überhaupt nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen ist und daß man von uns ein Bekenntnis zu den darin ausgesprochenen Grundsätzen gar nicht verlangt hat. Wir sind bereits zu dem Versuch auf dem Wege vertrauensvoller Zusammenarbeit, das Vergangene auszugleichen. Wir haben nicht aus Parteiinteresse gehandelt, sondern in dem

Gefühl der Pflicht und Verantwortung.

Der Redner wendet sich dann der Außenpolitik zu und erklärt, daß auch seine Partei nicht wolle, daß die deutsche Außenpolitik unter dem Wechsel innerpolitischer Konstellationen leide. Aufgabe einer jeden deutschen Regierung sei es, deutsche Politik zum Schutze der deutschen Nation und zur Förderung deutscher Freiheit zu treiben. Daß bei Deutschlands Wehrlosigkeit eine Politik der Gewalt und der Revanche nicht möglich sei, sei selbstverständlich. Das Vertragswerk von Locarno und die Mitgliedschaft im Völkerbund seien die rechtliche und politische Grundlage der deutschen Politik geworden. Möge im Augenblick ein amtlicher Schritt in der Schuldfrage nicht am Platze sein, so werde man doch das Ziel fest im Auge behalten. Die deutschnationale Fraktion hatte auch an der Absicht fest, die Schuldfrage einer schiedsgerichtlichen Regelung entgegenzuführen. Eine sächsische Stellungnahme zu den vor Eintritt der deutschnationalen Minister in das Kabinett getroffenen Abmachungen über die Ostfestungen und das Kriegsgerät sei zurzeit noch nicht möglich. Im Vordergrund der außenpolitischen Aufgaben des Jahres 1927 stehe die endliche

Räumung des Rheinlandes und des Saargebiets.

Hier liege jetzt ein klarer und unbezweifelbarer Rechtsanspruch vor. Solange ein fremder Soldat auf deutschem Boden stehe, könne von einer wirklich gegenseitigen Verständigung nicht die Rede sein. Eine enge Fühlung mit den Vereinigten Staaten dürfe keinen Augenblick außer Acht gelassen werden. Ein Sicherheitsspalt für den Osten könne nicht in Frage kommen.

Der Redner wendet sich dann den Verfassungsfragen zu. Auch in dieser Frage ist, so erklärt der Redner, eine Preisgabe unserer Ueberzeugung, daß die monarchische Staatsform für unser Volk die geeignetere ist, von uns weder verlangt, noch abgegeben worden. Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß ein solches Bekenntnis für uns nicht in Frage kommt.

Ein Bekenntnis zum Staat ist nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis innerer Zustimmung zur Staatsform.

Die Rechtsgültigkeit der in der Verfassung begründeten republikanischen Staatsform erkennen wir an und sind mit der Regierung der Meinung, daß der bestehenden Verfassung, mag sie uns gefallen oder nicht, der unbedingte Schutz der Staatsautorität zu gewähren ist. Dieser Schutz gebührt auch dem Symbol, den Farben und Flaggen des Reiches. Wir betrachten es als Pflicht gerade der in unserer Hand befindlichen Ministerien, auf Beseitigung all der behördlichen, aus politischen Gründen vorgenommenen Uebergriffe hinzuwirken.

Weiter bespricht der Redner die Reichswehrfrage. Die Gefahr, daß die Reichswehr dem agitatorischen Ansturm und den Plänen der Sozialdemokraten ausgesetzt war, sei für seine Partei ein besonders starker Antrieb gewesen, um einen unmittelbaren Einfluß auf die Regierungsbesetzung zu erringen. Die Zustimmung zur Lösöfung der Reichswehr von politischen Vereinen und Verbänden bedeute nicht, daß seine Partei den hohen Wert der vaterländischen Bewegung verkenne. Mit Genugtuung stellt der Redner fest, daß auch die jetzige Regierung das Christentum ausdrücklich als Grundlage der Kultur und Erneuerung anerkennt. Der heutige Tag sei auch ein Wendepunkt von dem Gesichtspunkt aus, daß es endlich wieder gelungen sei, die Mitte von der Sozialdemokratie zu lösen. Das Werk werde aber erst vollendet sein, wenn

auch in Preußen die Lösung von der Sozialdemokratie

erfolgt ist. Von vornherein müsse entschieden etwaigen Mißdeutungen entgegengetreten werden, als sei die jetzige Koalition ein unter Ausschluß der Arbeiterschaft und im Gegensatz zu ihr gebildeter Bürgerblock. Wirtschaftliche und soziale Fürsorge für das ganze Volk, das werde die Parole der jetzigen Regierungsmehrheit sein. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Präsident teilt mit, daß ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen ist, die Rede des Abgeordneten Grafen Westarp in allen Gemeinden des besetzten Gebietes öffentlich auf Reichskosten anzuschlagen. (Heiterkeit.) Ferner haben die Sozialdemokraten ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett eingebracht.

Abg. **Dretzig** (W. P.) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Partei im wesentlichen den Ausführungen des Regierungsprogramms zustimmt. Mit starkem Befremden habe sie aber in der Regierungserklärung die Hauptaufgabe, die Herabsetzung der Ausgaben, vermißt. Die Stellung seiner Partei zur Regierung werde davon abhängig sein, wie sich die Regierung in dieser Frage und in der Frage der Milderung des einseitigen Steuerdrucks, der auf den Kreisen der Wirtschaft lastet, verhalten werde.

Abg. **Dr. Scholz** (D. V.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß wenigstens eine der beiden großen Oppositionsparteien bereit sei, die Verantwortung mit zu tragen. Das sei ein Gewinn für unsere parlamentarischen Verhältnisse. Die Regierungserklärung sei ein Boden, auf dem nicht nur die Parteien der Koalition, sondern alle staatserhaltenden Parteien sich zusammenfinden könnten. (Zustimmung rechts.) Zur Außenpolitik übergehend, stellt der Redner fest, daß Wilson, Clemenceau und Lloyd George schon 1919 gemeinsam eine aufkeimende Interpellation des Friedensvertrages gegeben haben, wonach die Rheinlandräumung schon vor Ablauf der 15jährigen Frist erfolgen müsse, wenn Deutschland zu einem früheren Termin Beweise seines guten Willens und Garantien gegeben haben würde. (Hört, hört! rechts.) An unserem guten Willen könne heute niemand mehr zweifeln. Deutschland müsse nun aber Vertrauen gegen Vertrauen verlangen. Eine Fortdauer der Besatzung sei mit gegenseitigem Vertrauen nicht verträglich. Der Redner dankt der rheinischen Bevölkerung für ihre unerschütterliche Geduld. (Beifall rechts.) Die Anerkennung des geschichtlichen Unrechts der Grenzziehung im Osten könne niemand von uns verlangen.

Von einem Bestbürgerblock könne man wirklich nicht sprechen. In der Frage des Schulgesetzes müsse man an die Verfassungsbestimmung erinnern, daß die Schule eine staatliche Einrichtung ist. Statt ihrer jetzigen Vorwürfe hätten die Demokraten durch Beteiligung an der Regierung den liberalen Gedanken mit verteidigen sollen. Es wäre jedenfalls wünschenswerter gewesen, als daß sie als erste Partei mit einem Mißtrauensvotum auf den Plan trete. (Beifall bei der D. V. P.) Hierauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Freitag 12 Uhr vertagt. Die Abstimmung über die Mißtrauensvoten finden am Sonnabend statt. Schluß 7/47 Uhr.

Und Preußen?

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Februar. Graf Westarp hat in seiner Reichstagsrede mit einer vorsichtigen Wendung auch darauf angespielt, daß in Preußen, dem größten Bundesstaat des Reiches, über kurz oder lang eine Neuordnung der Dinge erfolgen müsse. In parlamentarischen Kreisen, die der neuen Regierungskoalition nahestehen, wird an dieser Wendung Kritik geübt, da man glaubt, daß die Linkskreise des Zentrums dadurch Verstärkung erhalten würden, daß dieses Thema zur Unzeit angeschnitten sei. Wir glauben demgegenüber feststellen zu können, daß auch im Zentrum immer und immer wieder betont worden ist, wie wichtig es sei, zu einer Homogenität zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung zu kommen und daß die Tatsache der nunmehr angebahnten praktischen Zusammenarbeit der beiden Parteien im Reich auf die Dauer nicht ohne Erfolg in bezug auf Preußen bleiben kann, wo die gegenwärtige Koalitionsregierung ohne Mehrheit regiert.

Innenminister von Keudell stellt sich dem Reichsrat vor

Berlin, 3. Februar. Die heutige öffentliche Vollsitzung des Reichsrates wurde erstmalig von dem neuen Innenminister von Keudell geleitet, der sich den Reichsratsmitgliedern mit einer längeren Ansprache vorstellte, auf die Staatssekretär Weißmann erwiderte. Zur Erledigung kamen nur kleinere Vorlagen, u. a. die Satzungsänderung der Sächsischen Bodenkreditanstalt in Dresden.

Gesandter von Keller beim Reichspräsidenten

Berlin, 3. Februar. Der Reichspräsident empfing heute mittag den deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn von Keller.

Der neue badische Finanzminister

Karlsruhe, 3. Februar. Der badische Landtag wählte den Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Franz Josef Schmidt, Mitglied der Zentrumspartei, mit 46 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Demokraten von 66 abgegebenen Stimmen, als Nachfolger Dr. Köhlers zum Finanzminister. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei gaben weiße Zettel ab. Die Stimmen der Kommunisten waren ungültig. Zum Staatspräsidenten wurde Justizminister Dr. Trunk (Ztr.) mit den gleichen Stimmen gewählt.

Die „Grüne Woche"

Vierter Tag

Berlin, 3. Februar. Im Rahmen der großen Landwirtschaftlichen Woche fand außer den Tagungen der Fachgruppen, über die bereits berichtet wurde, noch eine Versammlung der Saatzuchtabteilung der D. L. G. statt, auf der Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Appel-Dahlem über einige neue Fragen der Kartoffelzüchtung sprach und Prof. Dr. und Dr. h. c. Bauer-Dahlem Getreidebau und Getreidezüchtung in Klein-Asien behandelte.

Der Dank des Reichspräsidenten an den Reichs-Landbund

Berlin, 3. Februar. Der Reichspräsident hat das Begrüßungstelegramm des Reichslandbundes mit einem Telegramm folgenden Inhalts beantwortet: „Besten Dank für freundliche Grüße, die ich mit guten Wünschen für reichen Erfolg Ihrer Tagung herzlich erwidere. Gez. von Hindenburg, Reichspräsident."

Der Barmat-Prozeß

Berlin, 3. Februar. In der heutigen Verhandlung des Barmatprozesses wurde von einem Sachverständigen der Ertragsamt des bei der Staatsbank hinterlegten Chromo-Aktienpaktes gutachtlich bei einer 30prozentigen Dividende auf 169 200 Mark, bei einer 15prozentigen auf 127 800 Mark errechnet.

Offener Konflikt zwischen Danzig und Polen

Danzig, 3. Februar. Nach Meldungen polnischer Blätter hat sich der Danziger Finanzsenator nach Berlin begeben, um sich dort einen gewissen Betrag als Anleihe zu sichern, falls Danzig im Zusammenhang mit dem Scheitern der Danzig-polnischen Verhandlungen über das Tabakmonopol verpflichtet sein sollte, den Anteil an den Zollabgaben seit September 1926 zurückzuzahlen.

Die Telegraphen-Union erfährt dazu folgendes: Zwischen Danzig und Polen ist nach Abbruch der ergebnislos verlaufenen Verhandlungen über die Organisierung des Danziger Tabakmonopols ein offener Konflikt ausgebrochen. Polen droht für den Fall, daß bis zum 1. April eine Einigung über die Gestaltung des Danziger Tabakmonopols nicht zustande kommt, das Danzig-polnische Abkommen über die Neuregelung der Zolleinnahme zu annullieren. Da Danzig seit dem 1. September schon erhebliche Vorschüsse auf dieses Abkommen bezogen hat, würde Danzig ungefähr 8 Millionen Danziger Gulden an die Republik zurückzuzahlen haben. Der Danziger Finanzsenator ist nun nach Berlin gereist, um zu klären, wie Danzig die 8 Millionen Gulden an Polen zurückzahlen kann, was um so schwieriger sein dürfte, da der Völkerbund im September vorigen Jahres Danzig die Vergrößerung seiner schwebenden Schuld strikte untersagt hat. Man erfährt hieraus, daß Polen wieder darauf ausgeht, durch finanzielle Druckmittel sich Danzig politisch gefügig zu machen.

Der ganze Streit ist darauf zurückzuführen, daß Polen sich darauf versteifte, sich an der Danziger Tabakmonopolbetriebsgesellschaft finanziell zu beteiligen. Eine solche polnische Beteiligung lehnt aber die Freie Stadt Danzig aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ab. Polen legt es nunmehr auf eine Machtpolitik an und will Danzig dadurch in die Knie zwingen, daß es das Danzig-polnische Abkommen vom 20. September 1926 über die Zolleinnahmen kündigt und Danzig dadurch zwingen will, 8 Millionen Gulden zurückzuzahlen, was für Danzig angesichts seiner an sich schon ungünstigen finanziellen Lage im Augenblick ganz unmöglich ist.

Polens Begehrlichkeit wird immer größer. Aber was kann man von einem solchen Staat auch sonst erwarten!? Weit trauriger ist die Rolle, die der Völkerbund spielt, unter dessen Oberaufsicht im Namen des heiligen Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Gerechtigkeit derartiger Eingriffe in die Finanzhoheit eines Staatskörpers möglich sind. Und dann noch: „Freie" Stadt Danzig!

Ein neuer Besatzungszwischenfall

Trier, 3. Februar. Als vor einigen Tagen eine französische Kavallerie-Abteilung unter Führung eines Offiziers ein Feld eines in der Nähe der Stadt gelegenen Gutes durchritt, stellte der Verwalter des Hofes den Führer zur Rede. Kurzerhand schlug der Offizier dem Deutschen mit der Reitpeitsche mehrere Male ins Gesicht und beschimpfte ihn. Die Untersuchung über diesen Vorfall ist bereits eingeleitet.

Das voraussichtliche Ergebnis? Freispruch natürlich für den Helden der grrrrande nation!

Diskontherabsetzung der Bank von Frankreich

Berlin, 3. Februar. Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Bank von Frankreich den Wechseldiskont von 6½ auf 5½ Prozent und den Lombardzinsfuß von 8½ auf 8 Prozent ermäßigt.

Der Weg aus der Nacht

(9) **Preisgekrönter Roman von Edmund Kiß.**

„Es ist mir lieb, gerade aus Ihren letzten Worten entnehmen zu dürfen, daß Sie mich wegen meines Irrtums, den ich offen bekenne, nicht völlig ablehnen," sagte Herr Vollmar, in seiner Verlegenheit lachend. „Ich komme nämlich, wie Sie vorhin selbst vermuteten, um Sie zu bitten, ein Sanatorium aufzusuchen. Ich spreche hier als Freund und Berater Ihrer geschätzten Familie und namentlich Seiner Exzellenz, des Herrn General v. Bredow, dem Sie einen großen Gefallen erweisen würden, wenn Sie meinem Rate folgten."

Mein Schwiegervater nickte hier zustimmend.

Sanitätsrat Vollmar fuhr fort: „Auch aus anderen Gründen wird es gut für Sie sein, längere Zeit unsere schöne Bezirkshauptstadt zu verlassen, ganz abgesehen von dem traurigen Nervenleiden mit Ihrer hochverehrten Frau Gemahlin, von dem Seine Exzellenz mir Mitteilung gemacht hat."

„Außerdem standen Sie mit dem Regierungspräsidenten unter der Gaslaterne und beobachteten mich, als ich mit der Dirne das Haus betrat," sagte ich leichthin. „Da konnten Sie sich zusammenreimen, daß es mit meiner Frau nicht gut gehen würde, wenn sie erführe, wo ich mich herumgetrieben habe."

„Sie haben uns erkannt?" fragte der Arzt betreten.

„Natürlich!" entgegnete ich. „Ich habe doch zwei Augen im Kopf und kann damit gut sehen, zumal Sie mit dem Regierungspräsidenten so sorglos dicht unter der hellen Straßenbeleuchtung standen."

„Sie glauben also, bei vollem Bewußtsein zu der Dirne gegangen zu sein?" fragte Herr Vollmar und wußte scheinbar nicht, in welche Gruppe von Geisteskranken er mich einreihen sollte.

Ich bestätigte ihm seine Vermutung. Ich sei nie nüchterner und klarer gewesen als an dem gestrigen Abend.

„Ist Ihnen auch bewußt, daß Sie vorher in lebhafter Unterhaltung mit sich selbst durch die Gassen gegangen sind?"

„Donnerwetter, Vollmar! Haben Sie gut zugehört!" lachte ich. „Es stimmt aber, was Sie sagen, nur wußte ich nicht, daß hinter mir mein Leid und die rechnende Vernunft gingen, sonst hätte ich jedenfalls geschwiegen."

Die beiden Herren wechselten einen verzweifelten Blick. Dann fuhr Herr Vollmar fort:

„Sie wollten zunächst nicht in die Gasse gehen, wenigstens schienen Sie zu zögern. Sie sprachen ja so laut, daß ich es hören mußte, ob ich wollte oder nicht! Sie sagten zu sich selbst, vielleicht aber auch zu einem Unsichtbaren, Sie müßten Ihre Frau abholen, die um ein Uhr nachts mit dem Zuge von Berlin käme. Sie versuchten auch, das Mädchen mit Geld abzufinden, damit es Sie in Frieden ließe. Dann sagten Sie plötzlich mit ganz veränderter Stimme, ein Lahmer sei in das Haus gegangen und entschlossen sich sofort, ebenfalls einzutreten."

„Es ist alles richtig, was Sie beobachtet haben, Vollmar," sagte ich. „Der Lahme ging zu der Mutter des Mädchens. Und weil er in das Haus trat, ging auch ich hinein. Die alte Frau ist in der Nacht gestorben. Sie wissen, daß ich mitunter sonderbaren proletarischen Neigungen unterworfen bin und gebe zu, daß ich in dieser Hinsicht tatsächlich eien Sparren habe."

„Zu bist zu einer Sterbenden gegangen?" fragte mein Schwiegervater dazwischen und ein sonniges Aufleuchten ging über das vornehme Soldatengesicht.

Ich bestätigte es ihm, fügte jedoch hinzu, ich sei instinktmäßig mitgegangen, da ich es anfänglich selbst nicht gewußt habe, wie es mit der Mutter des Mädchens stand.

„Und wer war der Lahme?" fragte der Arzt mit einer sichtbaren Spannung.

„Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich es selbst nicht weiß, Herr Vollmar," entgegnete ich.

Der Sanitätsrat sah ratlos vor sich hin; deshalb begann ich von neuem:

„Dem Mädchen werde ich noch heute Geld schicken, damit sie ihre Mutter anständig begraben lassen kann. Es wäre mir lieb, wenn Sie diese Mission an meiner Stelle übernehmen und ihr das Geld überbringen wollten, Herr Vollmar. Ich würde Sie bitten, dabei gleichzeitig nachzufragen, wann die Beerdigung der Mutter stattfindet, an der ich unter allen Umständen teilnehmen werde und wenn ich als einziger Leidtragender neben der Dirne hergehen sollte. Ich habe meine Gründe hierfür."

Ich merkte, daß beide Herren von meinem Entschluß peinlich berührt waren, und daß sie seine Ausführung gerne verhindert hätten.

Nach einer Weile sagte der General mit bedrückter Stimme: „Fritz, ich will dir hier nicht widersprechen. Ich verstehe zwar nicht ganz, wie du auf diesen etwas ausgefallenen Gedanken kommst, doch habe ich den bestimmten Eindruck, daß du nicht verrückt bist, wenigstens nicht im landläufigen Sinne. Vielleicht würde jeder andere gerade jetzt dem Gegenteil überzeugt sein; ich jedenfalls nicht! Trotzdem habe ich eine Bitte an dich, mein Junge. Tu', was der Sanitätsrat dir geraten hat und geh' in ein Sanatorium, schon um Hannas und meinetwillen. Ich kann dir die Versicherung geben, daß ich deinen Besuch bei der Dirne nicht tragisch nehme, denn ich glaube, dich besser zu kennen als andere Leute und vielleicht sogar als Hanna, obschon sie deine Frau ist. Mein Lebensberuf ist der Umgang mit Tausenden verschiedenen Menschen gewesen. Da bekommt man scharfe Augen. Also Fritz, Tu mir den Gefallen! Ich will in der Zwischenzeit versuchen, Hanna zu beruhigen und zu versöhnen. Es wird vielleicht nicht einfach sein, denn sie ist tödlich gekränkt. Mich wundert nur, daß das sonst so helle Frauenzimmer nicht stutzig geworden bist, als du ihr die ganze Geschichte so klipp und klar erzähltest, ohne zu beschönigen und zu deuteln. Ein Mann, der sich schuldig fühlt, spricht anders. Die gestorbene Mutter hat sie dir nicht geglaubt.

„Sie hat kein Vertrauen," sagte ich trübe. „Sie wird mir auch nicht glauben, wenn ich hinter dem Sarge der Toten hergehe. Jedenfalls darf ich mich darauf verlassen, daß Herr Vollmar die Mission übernehmen wird, um die ich ihn gebeten habe."

„Du wirst also in das Sanatorium gehen?" fragte mein Schwiegervater dringend.

„Wenn ich dir damit einen Gefallen tue, ja," entgegnete ich. „Was soll ich hier allein in meinem leeren Hause?"

Ich öffnete den Brief des Regierungspräsidenten.

Er schrieb mir, er fühle sich bedrückt, weil er meinen Urlaub nach Rosenfelde, den ich zu meiner Erholung erhalten hatte, habe verkürzen müssen und er sei sich bewußt, dadurch einen Teil der Schuld an den unglückseligen Ereignissen der letzten Zeit zu tragen. Er bitte mich daher, zur völligen Wiederherstellung meiner Gesundheit erneut auf Urlaub zu gehen und die dazu notwendige Zeit beliebig bis zu einem halben Jahre auszudehnen. Er bitte mich, wegen seiner Rücksichtnahme auf mich als einen Kriegsverletzten nicht gekränkt zu sein, aber der Staat habe die Ehrenpflicht, derartige Rücksichten zu nehmen, zumal wenn ihm hiermit vielleicht die wertvolle Arbeitskraft eines treuen Beamten erhalten werden könne.

„Vielleicht erhalten werden kann," las ich noch einmal ganz langsam.

Das Schreiben bedeutete für mich, so liebenswürdig und ehrend es gehalten war, einen schweren Schlag.

Es war das schonende Schreiben an einen Geisteskranken, der auf ungewisse Zeit in ein Sanatorium gehen mußte, ehe er aus dem Staatsdienst — entlassen wurde.

„Abbauen" nannte man das in der Beamtensprache.

„Die Angelegenheit verlässt reibungslos," erklärte ich ein wenig bitter und faltete den Brief zusammen. „Meinen Urlaub habe ich schon in der Hand; er kann von unbestimmter Dauer sein, bis zu einem halben Jahre."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702042-16/fragment/page=0002

Von der Hintertreppe

Es ist immer gut, wenn im Staate aufgepaßt wird, daß ihm nichts Schaden geschieht. Es ist sogar notwendig, daß es solche Leute gibt. Und da hat nun das „Berliner Tageblatt" eine ganz ungeheuerliche Entdeckung gemacht. Bekanntlich hat vor einigen Monaten der preußische Staat mit dem Hohenzollernhaus einen endgültigen Auseinandersetzungsvertrag geschlossen, nachdem schon vorher einmal einer Unterzeichnung fertig war. Gegen den Ausgleich hat die Sozialdemokratie den Mund gewaltig aufgerissen, obgleich sie schon von einem sozialdemokratischen Finanzminister stammte, und obgleich zwei leibhaftige Sozialdemokraten, Braun und Severing, im Preußenkabinett dem Vergleich ihre Zustimmung gegeben hatten. Aber darauf kommt es heute ja nicht an. Jedenfalls ist jetzt endlich die höchstpeinliche Angelegenheit erledigt, nachdem das Hohenzollernhaus noch einmal erhebliche Zugeständnisse an den Staat gemacht hatte.

Für jeden Verständigen und vor allem jeden Anständigen ist damit der Schlußstrich gemacht. Bloß für das „Berliner Tageblatt" nicht, das hat nämlich festgestellt, daß in dem Palais Wilhelms I. und dem daneben liegenden Niederländischen Palais gespart werden soll. Was kann das anderes bedeuten als eine ungeheure Gefahr für die Republik? Denn es sollen dort die seit Jahrzehnten unbenutzten Zimmer, selbstverständlich die nicht historischen Erinnerungen enthalten, instand gesetzt werden. Außerdem sollen Wasserleitung, Badezimmer und Zentralheizung angelegt werden. Schrecklich! Denn, so sagt das „Berliner Tageblatt", alles soll nur gemacht werden, damit zunächst die Gemahlin Kaiser Wilhelms II. dort ihre Residenz aufschlagen kann, um so allmählich die Rückkehr des letzten Kaisers in die Wege zu leiten. Alle republikanischen Herzen zittern. Es ist wirklich die allerhöchste Zeit, daß dem ein Riegel vorgeschoben wird!

In Wirklichkeit ist das weiter nichts als eine Perfidie sondergleichen. Keinem Menschen mit gesunden fünf Sinnen wird es einfallen, wenn in dem Mosseschen Riesenpalast am Leipziger Platz die Maurer oder Installateure irgendeine Veränderung vornehmen, darüber auch nur einen Ton zu verlieren. Und die Mosseschen Erben würden sich in ihrer Prachtumgebung, die in dem Palais Wilhelms I. nicht zu finden ist, keinen Augenblick heimisch fühlen, wenn sie keine Wasserleitung und Zentralheizung oder gar kein elektrisches Licht hätten. Und kein Mensch hätte ihnen auch etwas hineinzureden. Genau so liegt es beim Palais Wilhelms I. Das gehört ebenso wie das Niederländische nun einmal endgültig den Hohenzollern. Und da sie es mit Recht unendlich bitter empfunden haben, daß sie alle die Jahre in Hotels haben wohnen müssen, weil sie ihr Eigentum nicht betreten durften, so wollen sie ganz selbstverständlich, wenn sie in Berlin sind, auch in ihren eigenen Räumen Licht haben, sich auch der Reinlichkeit nicht entwöhnen und auch nicht im Kalten sitzen. Das alles ist so furchtbar selbstverständlich, nur beim „Berliner Tageblatt" nicht.

Hinter der ganzen Sache steckt in Wahrheit nicht das Geringste. Gesetzt wenn einmal die Gemahlin des Kaisers dort wohnen sollte, daß sie ihre „Residenz" dort aufschlagen will, ist deshalb schon eine heilige Unmöglichkeit, weil sie die in Doorn hat. Und weil sie gar nicht daran denkt, sich von ihrem Gemahl zu trennen. Und der Kaiser denkt erst recht nicht daran, etwa nach Berlin überzusiedeln, denn schließlich hat er doch noch nicht vergessen, was man ihm angetan hat. Trotzdem das „Berliner Tageblatt" keinen Ton gesagt hat, als der Franzose Basch die — Unverfrorenheit hatte, nach Potsdam zu gehen, um dort Deutschland und Preußen in den Schmutz zu ziehen. Das Mosseblatt gehört doch auch zu denen, die immer Klage darüber führen, daß die Republik im Auslande nicht die nötige Achtung genieße. Es sollte sich einmal, wenn es sich denn aufschwingen kann, überlegen, wer denn eigentlich daran schuld ist. Nicht zum wenigsten die Tatsache, daß sich die „geistigen" Leute bei uns so entsetzlich kindisch benehmen, um bei der Höfischkeit zu bleiben. Ein paar Tage vor seinem Entsetzensanfall könnte es gerade aus der Ecke, daß die deutsche Republik fest und sicher dastehe. Und gleich darauf befällt das Mosseblatt ein kaltes Zittern, weil die Maurer im alten Palais Wilhelms I. Heizungsleitungen einkaufen. Es ist kein Wunder, daß das Ausland über diese Albernheiten in unbändiger Heiterkeit schmeckt. Es sollte nur einmal, daß Theodor Wolff, der unverleichliche Ehrenadvokat, einen geharnischten Aufruf losgelassen hätte, in dem er die Arbeiter aufforderte, diesem „System" keinen Fingerstrich zu leisten. Vielleicht hätte er es getan, wenn man in der Jerusalemerstraße in Berlin nicht von vornherein gewußt hätte, daß es sich um einen großen Schwindel handelte, den man — zum ersten Male? — der geduldigen Leserschaft verzapft hat. Und es hätte von der beteiligten Seite gar keiner Richtigstellung bedurft. Man hätte diese Leute der verdienten Verachtung preisgeben sollen, die auf der Hintertreppe nach Gebärden spähen, um in der Manier des Klatsches zur Klamage der „unerschütterlichen" Republik wieder einmal einiges hinzuzufügen.

O.

Halle und Umgebung

Halle, 4. Februar.

Auf Fastnacht zu

Der Februar ist seit alter Zeit der Monat, in dem die meisten geselligen Veranstaltungen sind. Man sehe nur einmal die Anzeigen in den Zeitungen, die Berichte über Vergnügungen und man höre sich nur einmal unter seinen Bekannten um. Was ist da schon alles gewesen, was wird nicht noch alles geplant? Freilich ist es wohl in diesem Jahre noch lange nicht so wie vor dem Kriege, als die wirtschaftlichen Verhältnisse viel besser waren.

In diesen Wochen ruht die Arbeit in Feld und Garten, das Leben hat sich in die geschützten Räume der Häuser zurückgezogen, aber die Tage werden schon länger und ein leises Ahnen des Frühlings geht schon in unsere Herzen. Die Hälfte des Winters ist nach allgemeiner deutscher Ansicht am Lichtmeßtag, dem 2. Februar, vorbei. Er ist eigentlich das erste Vorfrühlingsfest, an diesem Tage hörte das Spinnen, die typische Winterarbeit der Frauen in alten Zeiten, unter sinnigen Gebräuchen auf. Es beginnen die Vorbereitungen auf die Frühjahrsarbeit. Es ist Fastnachtszeit.

Das Wort Fastnacht hat ursprünglich mit Fasten nichts zu tun, sondern heißt im Mittelhochdeutschen vasenacht und wird abgeleitet von vasen oder fasen, d. h. sich närrisch benehmen. Unser Wort Faseln hängt auch mit diesem Wortstamm zusammen. Die alte Form hat sich noch in einem Vers erhalten, mit dem die Kinder von Haus zu Haus gingen: Lustig ist die Fasenacht, wenn die Bäuerin Kuchen backt (backt), wenn sie aber keine backt (backt), pfeif' ich auf die Fasenacht. Diese Unsitten sind die Ueberreste des alten Volksfestes des „Winterausstreibens".

Ueber den Dächern der Stadt

Einsam stehe ich hier oben auf dem schlanken Dachreiter der Moritzkirche im Lichte des scheidenden Tages und nehme Abschied von den letzten Blicken der Sonne. Ganz unten in der Tiefe, fast 70 Meter unter dem Stein, der meine Füße trägt, breitet sich das bunte Gewirr der Straßen und Gassen der Altstadt aus und nur gedämpft dringt der lärmende Atem des Verkehrs bis in diese Höhen. Friedlich um das Massiv der Moritzkirche, Halles ältester Kirche, liegt der älteste Teil von Halle. In der Kuppel des Theaters und dem steil aufragenden Giebel der Pauluskirche spiegelt sich in tausend Reflexen die untergehende Sonne, und das Gewirr der Dächer liegt vergoldet im Abend. Die Dächer . . . sie sind allein schon wert, emporzusteigen und auf sie herabzuschauen wie ein Vogel. Die Menschen, die tief da unten im Alltag leben, wissen es nicht, was die Dächer zu uns sprechen können. Dort drüben blinkt es herüber, in leuchtender, roter Farbe, die Ziegeln in Reih und Glied wie Soldaten nebeneinandergestellt, als ob es ein Festtagsfleid angelegt hätte. Und dort, jenseits ein anderes Dach; wie ein altes, verbuzeltes Weiblein mit dem Kopftüchchen auf dem Kopf, steckt es da; windschief die Ecken, zerzaust das Gebälk, und dort ein ande, spitzbübisch schäkernd mit dem letzten Sonnenstrahl, der verstohlen leis vorüberglitzelt . . .

Unter mir läuten die Glocken. Sie läuten den Abend ein. Der Turm zittert unter ihrem mächtigen Schwunge und pendelt in ihrem Rhythmus leicht hin und her.

Die Dunkelheit hat sich unmerklich über das Land gelegt. Sterne brennen am Firmament. Die Lichter der Stadt beginnen allmählich zu erglühen und flimmern bald in unendlicher Zahl zu mir herauf. Steil ragt der Rote Turm in das Dunkel hinauf und verliert sich in endloser Höhe. Das grelle Licht der Bogenlampen tief unten springt hart gegen seine Pfeiler und Bögen an und malt dunkle Schatten in das uralte Gemäuer. Die riesigen Quadern erzählen aus dem Dunkel heraus von der Vergangenheit des mächtigen Bauwerks. Von längst versunkenen Zeiten, von Kriegen, da Banden wild die Straßen durchtobten, von Feuersbrünsten, die wie Gottesfackeln gen Himmel lohten, von Meuten entfesselter Menschen, die gegen die Schönheit der Mauern anrannten, um sie zu zertrümmern und von unendlicher Mühe und Glauben, der Stein auf Stein türmte . . .

Nun fühlt: dieser Turmriese dort im Dunkeln liebt nicht die Erde. Der Wille zur Höhe lodert aus ihm wie eine Flamme und bietet sich sternwärts dem Firmamente.

Am Glockenstuhl vorbei steige ich abwärts. Der Glockenjubel überfällt mich donnernd, und schützend legt sich die Hand an die Ohrmuschel, den überlauten Ansturm des Geläutes abzuwehren.

Je tiefer ich steige, desto jauchzender, überirdischer klingt das Lied der Glocken . . ., Abendläuten . .

Leb wohl, du nächtliche Kirche. In mir verklingen leise die Rhythmen deiner mächtigen Glocken, aber den Gruß deiner Größe und altehrwürdigen Schönheit trage ich mit mir fort. Dr. W.

Zum Morde Rosen

Der Prozeß Rosen zieht insofern auch nach Halle seine Kreise, als der frühere Kriminaldirektor in Breslau, Jendony, heute die Hallesche Kripo leitet.

Zu der Klärung des Mordes an Professor Rosen erfahren wir aus Breslau:

Bereits im Oktober gelang es dem damaliger Breslauer Kriminaldirektor Jendony, der seit Januar die Leitung der Kriminaldirektion Halle übernommen hat, festzustellen, daß dem einen des Mordes Verdächtigen ein Kassiber zugesteckt worden war, der von einer Seite kommen mußte, die mit dem Verhafteten in enger Verbindung stand. Gleichzeitig äußerte sich der Verbrecher so eingehend über den Mord, daß man eine Mittäterschaft annehmen mußte. Als Komplize bei dem Verbrechen kam nur ein Intimus in Frage. Man hatte bei einem vorhergehenden Mordversuch in Neiße einen Jahn als Täter festgestellt: in diesem Falle war er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Die ganze Zeit mutmaßte der Kriminaldirektor Jendony, daß Jahn in Verbindung mit seinem Freunde Strauß die Tat an Professor Rosen ausgeführt haben mußte. Als der Direktor seine Versetzung nach Halle erhielt, legte er in einem Bericht an das Ministerium seine Auffassung nieder, die sich heute nach den neuesten Ergebnissen bestätigt findet. Er führte darin auch aus, daß die ehemalige Prostitutierte Neumann ihre Täter nur in Schwerverbrecherkreisen, mit denen sie naturgemäß noch Fühlung haben mußte, gesucht haben konnte. Der Gang der Verhandlung hat die Richtigkeit der Vermutung bewiesen.

Es ist also wesentliches Verdienst unseres neuen Kriminaldirektors, daß er die Grundlage geschaffen und die richtige Fährte gewiesen hat, um diesem Kapitalverbrechen auf die Spur zu kommen.

Der Verkehrsturm am Riebeckplatz beschädigt

Schon der hölzerne Verkehrsturm am Riebeckplatz war einmal auf seine Standhaftigkeit „geprüft" worden, hatte damals aber seine Probe nicht bestanden. Besser weggekommen ist gestern abend um die 8. Stunde der eiserne Verkehrsturm. Einem Gespann der Firma Zillmann & Lorenz war der Turm scheinbar im Wege, denn er wurde von dem Fuhrwerk angefahren. Inwieweit Unaufmerksamkeit des Geschirrführers oder ein Durchgehen der Pferde die Ursache des Unfalls ist, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Der Turm war glücklicherweise nicht mehr besetzt.

— **Doppeljubiläum.** Am 5. d. M. begeht der Dreher August Ulrich bei der Firma Weise & Monski sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. Gleichzeitig begeht das Ulrichsche Ehepaar im Hermannschen Grundstück, Merseburger Straße 108, sein 25jähriges Mietsjubiläum.

Friede—Freiheit—Brot? Ein Deutschenspiegel. Mit 150 Bildern in Kupfertiefdruck und begleitendem Text. In Ganzleinen gebunden Preis 5 M. Fr. Zillessen (Heinrich Beenken), Verlagsbuchhandlung, Berlin. Die unbeschriebene Ueberschrift dieses Buches könnte auch lauten: Wie tief wir gesunken sind! — Als Antwort auf all die Verirrungen, die dem deutschen Volke von den Drahtziehern der Revolution gemacht worden sind, geben wir in diesem Buch in erschütternden Lichtbildern, die nicht lügen können, all das Elend, welches das ganze deutsche Volk seit 1918 in diesen unheilvollen und schweren Zeiten der Revolution, der Inflation, des Bürgerkrieges, des Hungers und Durchmachen mußte. Dies Buch ist ein Spiegel, den sich das deutsche Volk zur Warnung für alle Zeiten vorhalten soll. Es ist ein Buch von so überzeugender und packender Wahrheit und von so hohem geschichtlichen Wert, daß man dieses vaterländische Buch einem jeden Deutschen in die Hand geben sollte.

— **Immer noch Kriegsschuldfrage? „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend. Es ist die Basis, auf der der Bau des Vertrages von Versailles errichtet worden ist, und wenn dieses Eingeständnis abgelehnt oder aufgeneben wird, ist der Vertrag zerstört . . ." Die Schuldfrage bleibt die Grundlage des „Vertrages" und da dieser mehr als irgend eine Verfassung, die wir und andere können, verlässig das deutsche Staatsgrundgesetz darstellt, gibt es gar keine Frage von übergroßerer Bedeutung für das deutsche Volk. Sich mit ihr vertraut zu machen, sollte jedem Deutschen in der Welt, wie er auch sonst denken mag, selbstverständliche Pflicht sein. Die vielleicht kleinste und doch inhaltsreichste Schrift darüber erschient soeben unter dem Titel „Grundfüge der Kriegsschuldfrage" im Buchverlag der Süddeutschen Monatshefte, München (1.50 M.). Der Verfasser, Georg Karo, Professor an der Universität Halle, zählt zu den ersten Forschern des Problems. Was diese Schrift von allen andern unterscheidet, ist die umfassende, schlagwortartige Entrollung eines Gesamtbildes der europäischen, ja wenn man so sagen darf der Weltpolitik, von 1871 bis 1914. Dieses 64 Seiten starke Büchlein liest sich bei aller Sachlichkeit, Ruhe und Klarheit geradezu spannend. Jeder parteipolitische Einschlag bleibt aus dem Spiele.**

Katastrophen auf der Sonne und dem Jupiter

Von **Dr. F. S. Archenhold**, Direktor der Treptow-Sternwarte.

Als der Hofastrofer Schwabe in Dessau eine Periode von 11 Jahren für das Auftreten der Sonnenflecken feststellte, ahnte man noch nicht, welche Bedeutung diese Gebilde auch für irdische Erscheinungen haben. Schon seit Entdeckung des Fernrohres, seit dem Jahre 1610, hatte man Flecke beobachtet und festgestellt, daß sie im Laufe von 12¼ Tagen sich scheinbar vom Ostrand zum Westrand bewegten. Man erkannte sehr bald, daß diese scheinbare Bewegung durch eine wirkliche Drehung der Sonne um ihre Achse verursacht wurde. Es hat sich im weiteren Verlaufe der Beobachtungen herausgestellt, daß die Sonne am Aequator eine schnellere Rotation als an den Polen macht. Die Umdrehungszeit, welche wir aus den Sonnenflecken in den verschiedenen Breiten ableiten können, hat dies Resultat ergeben.

Das Licht der Sonnenoberfläche übertrifft an Stärke jedes künstlich darstellbare um ein ganz Bedeutendes, das des Vollmondes um das 465 000fache. Die Helligkeit der Sonnenscheibe nimmt nach dem Rande zu ab, am wenigsten für die roten, am meisten für die violetten Strahlen, so daß der Rand der Sonne bei den letzteren nicht einmal halb so hell leuchtet wie in der Mitte.

Am Fernrohr unterscheiden wir auf der Sonnenoberfläche Sonnenflecken und -fackeln, also dunkle und helle Gebilde. Letztere sind aber nur in der Nähe des Sonnenrandes sichtbar. Große Sonnenflecke können schon mit unbewaffnetem Auge gesehen werden, mit bunten und geschwärzten Gläsern, aber wenn die Sonne auf- bzw. untergeht und unsere Atmosphäre einen großen Teil des Sonnenlichtes verschluckt. Tief- Flecke bestehen zumeist aus einem zentralen Teilkern (Umbra), der am dunkelsten ist, und aus einem umgebenden helleren Hofe (Penumbra). Die Größe der Flecke ist sehr verschieden. Sie können kleiner als die Erde sein, aber auch solche Dimensionen annehmen, daß ihr Durchmesser mit hunderttausenden von Kilometern zählt und mehr als 80 Erdkugeln in ihnen Platz finden. Auch die Dauer der Sichtbarkeit ist ganz verschieden. Einige Flecke lösen sich schon nach wenigen Tagen auf, andere überdauern mehrere Rotationen der Sonne, so daß sie monatelang, ja oft mehrere Jahre lang sichtbar bleiben.

Interessant ist, daß die ersten Flecke, welche nach einem Minimum auftreten, in höheren Breiten sichtbar werden. Die Flecke haben oft ein trichterförmiges Aussehen. Durch Spektralaufnahmen, bei welchen man nur bestimmte Linien der Sonne benutzt, wie die Wasserstofflinien oder Calcium- und Barium-linien, konnte bewiesen werden, daß diese Sonnenflecke gewaltige Wirbelbewegungen darstellen. Durch Nachweis des Zeemann-Effektes ließ sich weiter feststellen, daß wir es mit elektrisch geladenen Wirbeln zu tun haben. Die in den Flecken kreisenden ionisierten Gasmassen erzeugen ein magnetisches Feld. Die Stärke dieses Feldes beträgt oft 3000 Gauß-Einheiten. — Man konnte feststellen, daß die Sonne, ebenso wie die Erde, sich wie eine magnetische Kugel verhält, und daß die Achse der Magnetisierung fast mit der Rotationsachse zusammenfällt. Wir haben das letzte Sonnenfleckenminimum im Jahre 1923 erlebt und dürfen daher das nächste Sonnenfleckenmaximum im Jahre 1928 erwarten.

Mit dem großen Fernrohr der Treptow-Sternwarte habe ich in den letzten Monaten sehr große Sonnenfleckengruppen photographiert und gezeichnet, und es ist anzunehmen, daß wir einem sehr starken Maximum der Sonnenflecke entgegengehen.

Wenn ein solcher Sonnenfleck gerade der Erde gegenüberliegt, so lodert er die Erde. Starke Ströme durchziehen den Erdkörper, Schwankungen der erdmagnetischen Konstanten treten auf, und in der Luft erscheinen große Nordlichter. Da wir schon 5 Tage vorher den Sonnenfleck am Ostrande auftauchen sehen, so können wir sogar das Auftreten der Nordlichter voraussagen.

Der zweitgrößte Körper in unserem Planetensystem ist der Jupiter. Würde die Sonne aus unserem Planetensystem durch einen vorbeiwandernden Riesenstern entführt werden oder durch gewaltige Kosmische ihre Materien ins Weltall verstreuen, so würde der Jupiter die Zentralsonne im Planetensystem an sich reißen. Er ist der Riese unter seinen Geschwistern. Wenn wir uns eine Weltmaus vorstellen, gerissen 1047 Jupiter-Kugeln, um der Sonne das Gleichgewicht zu halten. In seiner Entwicklung steht der Jupiter zwischen der Sonne und einem schon fast gewordenen Planeten. Er dreht sich in 9 Stunden 55 Minuten um seine Achse, so daß die Erscheinungen seiner Atmosphäre fast parallel zum Aequator verlaufen. Es sind insbesondere zwei dunkle Streifen, welche nördlich und südlich vom Aequator gelegen, parallel zu ihm die Oberfläche des Jupiters durchziehen.

In größeren Fernrohren sieht man noch andere feinere Streifen, oft 6—8 parallel zu den ersteren auftreten. Die Lage dieser Streifen ist zumeist verändert, jedoch tauchen in ihnen an verschiedenen Stellen kleine und große Flecke von roter, brauner und schwarzer Farbe auf.

Seit 45 Jahren habe ich den Jupiter beobachtet, aber noch nie eine solche Veränderung seines Antlitzes wahrnehmen können wie jetzt. Es müssen große Katastrophen gewesen sein, die dem Jupiter ein völlig verändertes Aussehen gegeben haben. Freilich traten auch schon früher plötzlich Veränderungen auf dem Jupiter auf. So ist im Jahre 1878 ein großer roter Fleck sichtbar geworden von einer Ausdehnung, daß mehrere Erdkugeln in ihm hätten verschwinden können. Er zeigte eine besondere Eigenbewegung, merkwürdige Hin- und Herpendelungen und ein sonderbares Verhalten, wenn er einem schwarzen Schleier, der bald nach der Katastrophe auf dem Jupiter sichtbar wurde, begegnete. Zur Erklärung dieser eigenartigen Erscheinungen müssen wir wohl auch magnetische Wirkungen annehmen.

Der Jupiter hat noch eine Temperatur von fast 300 Grad Wärme, so daß die Erscheinungen, die wir auf seiner Oberfläche sehen, gasförmiger Natur sind.

Die früheren zeichnerischen Darstellungen des Jupiters haben miteinander eine große Aehnlichkeit, sind jedoch völlig verschieden von den jetzt angefertigten. Mit größtem Interesse müssen wir die weitere Entwicklung dieses großen Planeten verfolgen. Die Ursache dieser starken Veränderung ist uns vorläufig noch nicht bekannt.

Der Jupiter wird von vier großen Monden umkreist, die auf hohen Bergen scharfen Augen sogar ohne Fernrohr sichtbar werden. Dazu sind noch 5 andere entdeckt worden, welche nur unter günstigsten Bedingungen in den größten Fernrohren beobachtet bezw. photographiert werden können. Sie bieten uns Gelegenheit, interessante Einblicke in dies eigenartige System zu erhalten. Die Bewegungen dieser Monde sind demselben Anziehungsgesetz unterworfen, das auch den Lauf der Planeten um die Sonne vorauszubestimmen gestattet.

Westfälisches vom Alten Fritz

Die Volkstümlichkeit Friedrichs des Großen hat so seine Wurzeln geschlagen, daß seine Gestalt, freilich in merkwürdiger Umformung, in den Volkssagen noch heute fortlebt. Man ist dieser Ueberlieferung in den letzten Jahren eifriger nachgegangen und hat eine Menge eigenartiger Geschichten veröffentlicht.

In den bei Eugen Diederichs in Jena erschienenen „Westfälischen Sagen" bringt Paul Zaunert einige neue Geschichten vom Alten Fritz, darunter auch die folgende: „Ein Bauer hatte so dicke Rüben, daß er dachte: „De mott ich ä̈s den Ollen Fritz wisen, de soll Ogen maken." Und er nahm die Rübe schnell unterm Arm und ging damit aufs Schloß. „Kit, wat dat für Rüwen sind!", sagte er und stellte sich vor den König, „be weggt woll twintig Pund!" Die Rübe ging in dem Ehrensaal rund und sie bewunderten sich alle, am meisten der Alte Fritz. „Das erfordert eine Belohnung", sagte er, „ach in meinen Pferdestall und such Dir das beste Pferd aus". Dunnerkiel! Da standen aber eine Menge Pferde, eins noch besser als das andere. Der Bauer nahm sich eins heraus, sprang auf undritt nach Hause. Als er so hoch zu Pferde an seinem reichen Nachbar vorbeiritt, wurde der giftig vor Neid, nahm sein allerbestes Pferd, putzte es fein und bot es dem Alten Fritz zum Geschenk an. Der bedankte sich freundlich und sagte: „Nun will ich Dir auch etwas schenken, was Du noch nie zu Gesicht gekriegt hast." Da gab er ihm die dicke Rübe und sagte dazu: „So ein tüchtiger Kerl wie Du, der muß auch ganz was Extraes haben."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702042-16/fragment/page=0003

Aus aller Welt

Folgenschwerer Angriff auf Polizeibeamte

Gelsenkirchen, 3. Februar. Gestern abend wurden zwei Polizeibeamte nach einer Wirtschaft gerufen, wo eine große Zahl von Personen den Wirt bedrohte. In dem Gedränge wurden den Beamten Gummiknüppel und Seitengewehr entrissen. In größter Not machten sie von der Schußwaffe Gebrauch. Dadurch wurden zwei Personen getötet, und eine schwer verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Die Wirtschafterin Neumann leugnet weiter

Breslau, 2. Februar. Das Polizeipräsidium teilt mit:

In der Mordsache Rosen fanden den ganzen Tag über weiter eingehende Vernehmungen der Festgenommenen statt und im Anschluß an die Vernehmungen eine ganze Reihe von Begleitermittlungen. Der gestern festgenommene Mittäter Jahn wurde der Frau Neumann gegenübergestellt. Er wiederholte vor ihr sein völliges Geständnis und hielt ihr alle Einzelheiten der Tat, einschließlich einer genauen Beschreibung der Oertlichkeit des Innern des Hauses vor. Frau Neumann beschränkte sich darauf, alles für unrichtig zu erklären. Sie habe acht Monate lang im Gefängnis gesessen und ihre Unschuld beteuert. Sie werde das auch weiter tun.

Durch die Presse gehen zahlreiche Mitteilungen über diesen Kriminalfall, die jeder Authentität entbehren, und die zum Teil falsch und irreführend sind. Sie sind lediglich geeignet, den Gang der Ermittlungen zu erschweren.

Eine Mahlzeit unter einem Erhängten

Bukarest, 3. Februar. Ein in seiner Art einziger Straffall ist unlängst von einem Straffenat des Klausenburger Gerichtshofes verhandelt worden. Zwei Zigeunerinnen waren die Angeklagten. Vor einigen Monaten gerieten beide in Streit. Die eine zeigte die andere wegen Ausplünderung eines Erhängten an. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die beiden Zigeunerinnen im Galaywald die Leiche eines Erhängten ausgeraubt hatten. Beim Suchen von Erdbeeren stieß die eine auf den Leichnam. Sie lief nach Hause und holte die andere herbei. Die Zigeunerinnen schafften eine Leiter herbei und die jetzt Angeklagte machte sich an die Untersuchung der Leiche. Sie fand in den Taschen derselben eine Flasche Kognak und frisches Backwerk, das sie beides sofort verzehrten. Ferner fanden sie noch einige 1000 Lei, die die Zigeunerinnen sich teilten. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten nur wegen Diebstahls zu je einem Monat Haft, obwohl der Staatsanwalt die beiden des Leichenraubes angeklagt hatte.

Ein mißglückter Mord. Ein 30jähriger Grubenarbeiter, der in Stieringen-Wendel bei Metz ansässig ist, versetzte seiner Frau nach einem heftigen Wortwechsel in mörderischer Absicht einen Schlag auf den Kopf, so daß sie bewußtlos zu Boden stürzte. Um seiner Sache sicher zu sein, erhängte er sie noch mit einem Strick, schnitt sie nach geraumer Zeit wieder ab und lief zu den Nachbarn, wo er erzählte, daß seine Frau Selbstmord begangen und ihn zuvor im Schlafzimmer eingeschlossen habe, damit er sie an ihrem Vorhaben nicht stören könne. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten jedoch Erfolg und der saubere Ehemann stand wenige Stunden nachher vor dem Untersuchungsrichter, dem er den Mordversuch eingestehen mußte.

Der Gemeinderat als Einbrecher. In der Nähe von Marseille wurden in den letzten Tagen verschiedentlich Einbrüche in Schweineställen verübt. Der Uebeltäter feuerte bei seiner Entdeckung auf die Gendarmen und wurde erschossen. Zur allgemeinen Ueberraschung stellte man fest, daß der Dieb der 60jährige Gemeinderat Favier war.

Eine traurige Hochzeitsfeier. In einem kleinen Dorf in der Nähe von Udine fand eine Hochzeitsfeier statt, bei der aus Revolvern Hochzeitsschüsse abgegeben wurden. Ein Fehlschuß traf den Bräutigam in die Herzgegend, so daß er starb, bevor noch der Hochzeitszug an der Kirche angelangt war.

Die Wolfsplage in der Ukraine. Die Wolfsplage nimmt in der Ukraine einen immer größeren Umfang an. Abgesehen von Wolfsüberfällen auf Dörfer, dringen sogar die Tiere bis an die Städte vor. Dieser Tage lief ein Wolf selbst bis zum Zentrum von Charkow, wo er von Milizleuten erschossen wurde.

Verhaftung einer Paßfälscherbande in Nizza. In Nizza wurden mehrere Personen wegen Herstellung falscher Pässe verhaftet.

Raubüberfall in einem Pariser Lokalzug. In einem Pariser Lokalzug beraubte gestern abend ein Dieb mit vorgehaltenem Revolver eine Reisende ihres Schmuckes und Bargeldes. Der Dieb war während der Fahrt von außen in das Abteil eingedrungen.

Unterschlagung bei einem Postamte. Auf dem Postamte in Stockum wurde bei der Revision der Kasse ein Fehlbetrag von 400 000 Mark festgestellt. Der der Unterschlagung verdächtige Beamte wurde sofort entlassen.

Sieben Kinder in den Flammen umgekommen. Wie die „Krasnaja gazeta" meldet, ist in Sverdlosk (früher Jekaterinburg) das Sanatorium für tuberkulöse Kinder durch Feuer zerstört worden. Sieben Kinder fanden in den Flammen den Tod und zehn Kinder erlitten schwere Brandwunden.

Selbstmord eines Siebzehnjährigen. In Stahlheim hat ein siebzehnjähriger Knabe, der im Uebermut ein Mädchen mit Schneebällen beworfen und deshalb von der Gendarmerie einen Verweis erhalten hatte, aus Kummer über seine Zurechtweisung Selbstmord begangen. Er warf sich vor einen fahrenden Eisenbahnzug und wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde am Morgen auf den Schienen gefunden, der Kopf und ein Bein waren vom Rumpf vollständig abgefahren.

Ausbrennen zweier Flugzeuge bei Berlin. Infolge des schlechten Wetters mußten zwei Sportflugzeuge auf dem Fluge nach Berlin bei Lichterfelde und bei Friedrichsfelde notlanden. Der Pilot des einen Apparates erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, während der Pilot des anderen Flugzeuges und seine Begleiter ohne jede Verletzung ihrem beschädigten Flugzeug entsteigen konnten.

Für drei Millionen Dollar Filmnegative verbrannt. Im Laboratorium der Filmanlage des Universalfilms in New-York verursachte eine Explosion ein Großfeuer, das zwei Filmnegative im Werte von drei Millionen Dollar vernichtete.

Eine Rekord-Flugleistung. Das Flugzeug „D 877", ein dreimotoriges Junkers-Flugzeug, hat am letzten Sonnabend unter sehr günstigen Windverhältnissen die Strecke Berlin—Danzig in einer Stunde und 47 Minuten zurückgelegt. Wie die Danziger Blätter betonen, ist dies die beste Leistung, die auf dieser Strecke je erzielt worden ist.

Tod eines hundertjährigen englischen Generals. Der englische General Sir Lord George Higginson, der Ende des vorigen Jahres das 100. Lebensjahr vollendet hatte, ist Dienstag morgen gestorben.

Sämtliche Juwelen des ermordeten Juweliers aufgefunden. Unter der Leitung eines Kriminaldirektors wurde gestern in Wisselsheim auf dem Anwesen des bereits geständigen Schultheiß eine genaue Durchsuchung vorgenommen, bei der sämtliche Juwelen und die Pistole des Straßburger Mörders gefunden wurden.

Handelsnachrichten

Auf dem Wege zum Kunstseidenwelttrust

Aus den verschiedenen seit Monaten umlaufenden Gerüchten über Verhandlungen und Konzentrationsbestrebungen in der internationalen Kunstseidenindustrie beginnt sich allmählich der Kern der Tatsachen herauszuschälen. Ende Januar kam zwischen den Kunstseidenkonzernen Courtaulds - Snia Viscosa - Vereinigte Glanzstoff, Elberfeld, ein Arbeitsabkommen zustande, als dessen wesentlichster Zweck die gemeinsame Arbeit auf wissenschaftlichem und qualitativem Gebiet angegeben wurde. Zunächst wurden finanzielle Transaktionen in Abrede gestellt, dennoch war bereits die Maßung in dieser Form von größter Bedeutung. Vor rund einem Jahr wurde durch die Interessengemeinschaft J. G. Farbenindustrie-Köln-Rottweil eine Verleitung der bedeutendsten Kunstseidengruppen (J. G. Farben, Courtaulds, Glanzstoff, Bemberg, Viscosa, Dupont, Celanese und Tubize) erreicht. Die italienische Snia Viscosa wurde allmählich, wenn auch nicht zum tatsächlichen, so doch zum idealen Mittelpunkt der Außenseiter. Schließlich sah sich jedoch die Snia Viscosa zu einer durchgreifenden Sanierung veranlaßt, die hauptsächlich mit englischem Kapital durchgeführt wurde, und nunmehr kam es — vielleicht unter dem Druck dieses Sanierungskapitals — zu dem „Arbeitsabkommen".

Wenn zunächst auch finanzielle Zusammenhänge dementiert wurden, so wird jetzt bekannt, daß die Snia über Courtaulds eine größere Finanzhilfe im Betrage von 14 bis 20 Mill. Pfund Sterling erhalten soll, so daß dadurch der bisherige größte Außenseiter des Kunstseidenkonzerngeflechtes mit den übrigen hauptsächlichsten Gruppen auch finanziell verbunden würde. Zwischen Courtaulds und Glanzstoff hatten bisher bereits lose Beziehungen bestanden, so daß sich nunmehr, ausgehend von den zwei Spitzengruppen Köln-Rottweil und J. G. Farbenindustrie ein geschlossener Beteiligungszug in der Industrie ergibt, der zwar noch reichlich verworren und weit entfernt von dem straffen Gefüge eines internationalen Trusts ist, der aber dennoch als Anfang einer straffen Zentralisation der Weltkunstseidenproduktion (ähnlich den Glühlampen und Zündholztrusts) betrachtet werden muß. Noch ist der Ring nicht vollkommen geschlossen, in Frankreich und in der Schweiz können sich einige Außenseiter immer noch behaupten, wohl aber hat nunmehr das Konzerngefüge mit schätzungsweise 90 Prozent der Weltproduktion und vor allen Dingen mit dem Besitz der wichtigsten Produktionspatente sich praktisch die Herrschaft über nicht nur den europäischen, sondern über den Weltmarkt erobert.

Bei einer derartig engen Verflechtung der Produzenten eines Artikels ist die Frage der weiteren Preisentwicklung naheliegend. Hier sind nun aber sicherlich alle Befürchtungen auf eine übertriebene Preissteigerung hinfällig: Es darf nicht vergessen werden, daß die Kunstseide als Spinnstoff keineswegs konkurrenzlos dasteht, daß sie sich vielmehr in außerordentlich scharfem Wettbewerb mit anderen Spinnstoffen, mit natürlicher Seide und mit Baumwolle, teilweise auch mit Wolle, befindet. Die qualitativen Eigenschaften der Kunstseide sind noch keineswegs so, daß sie mit anderen Faserstoffen sorglos konkurrieren könnte. Jede Ueberbesteigerung des Kunstseidenpreises würde automatisch eine sofortige Absatzverminderung von Kunstseide bewirken, so lange die Kunstseide nicht qualitativ derart beschaffen ist, daß sie ein Monopol auf dem Spinnstoffmarkt für sich beanspruchen kann. In dem Maße wie in den letzten Jahren die übrigen Spinnstoffe zurückgingen, mußten auch die Kunstseidenpreise zurückgehen, und trotz der in einzelnen Absatzgebieten wirklich fast monopolistischen Vertretung der Kunstseidenindustrie ist es nicht gelungen, eine dauernde Preiserhöhung durchzusetzen.

Den besten Beweis liefert die Preisbewegung für Kunstseide in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo eine Preissenkung auf das letzte erträgliche Minimum durch den Rückgang der anderen Spinnstoffpreise erzwungen wurde. Der Kunstseidenpreis ist an eine gewisse Relation zu den übrigen Spinnstoffmärkten gebunden, die durch die Qualitätseigenschaften der Faser bedingt sind. Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint der angegebene Hauptzweck der neuen Arbeitsgemeinschaft durchaus nicht so unglaubwürdig, wie es vielfach hingestellt wird: Zusammenfassung und Austausch der wissenschaftlichen Kräfte und Erfahrungen in der Kunstseidenerzeugung mit dem Ziel einer systematischen Qualitätsverbesserung. In dem Maße, wie die Spinnstoffnappheit der Nachkriegsjahre wieder gegenüber Marktverhältnissen wich, teilweise sogar einem Spinnstoffüberschuß Raum machte, wurde das Qualitätsproblem eine Existenzfrage der Kunstseidenindustrie. Daraus läßt sich auch die Konsequenz erklären, mit der der erst kürzlich beigelegte Patentstreit zwischen der Snia Viscosa und den Elberfelder Glanzstoffabriken durchgefochten wurde. Weniger Kampf um das Absatzgebiet als Kampf um die Qualität, d. h. Kampf gegen Diskreditierung der Kunstseide durch minderwertige Produkte. Der Patentstreit wurde schließlich bekanntlich durch internes Abkommen beigelegt und hat nun durch die abgeschlossene Arbeitsgemeinschaft sein endgültiges Ende gefunden — wahrscheinlich auf der Basis einer Qualitätssteigerung.

Um nun wieder auf das Preisproblem zurückzukommen, muß nochmals gesagt werden, daß selbst in dem Falle, daß in absehbarer Zeit der vorläufig immerhin noch verhältnismäßig lose Zusammenhang der internationalen Kunstseidenindustrie einer strafferen Organisation Platz machen sollte, eine willkürliche Preissteigerung vollkommen ausgeschlossen erscheint, so lange nicht die Technik eine Preiserhöhung rechtfertigt. Weniger ausgeschlossen dagegen ist die Bildung eines engeren Kunstseidentrusts. Wie von den Vereinigten Glanzstoffabriken in Elberfeld angegeben wird, sind Verhandlungen zur Gründung einer Internationalen Finanzierungsgesellschaft für die Kunstseidenindustrie im Gange, wenngleich es bis zum Abschluß noch seine guten Wege hat. Diese Finanzierungsgesellschaft würde dann das Spitzengebilde des Trusts sein und würde eine zentrale Leitung der internationalen Kunstseidenpolitik ermöglichen, was bisher trotz der gegenseitigen Interessennahme noch nicht durchführbar ist.

J. G. Farbenindustrie A.-G., Frankfurt a. M. Die Zusammenlegung der verschiedenen pharmazeutischen Abteilungen innerhalb der J. G. Farbenindustrie hat dem Vernehmen nach einen günstigen Einfluß auf den Gang der Geschäfte ausgeübt. Den Anstrengungen, welche die Werke auf dem Gebiete des Verkaufs machten, standen dieselben auf wissenschaftlichem Gebiet in keiner Weise nach. Es darf hierbei an das neue Malariamittel der J. G., das Plasmochin, erinnert werden, das berufen sein dürfte, einen wesentlichen Fortschritt in der Bekämpfung dieser Krankheit anzubahnen. Andererseits steht dieser im ganzen erfreulichen Entwicklung die Tatsache gegenüber, daß trotz des Anfsehens, das die Erzeugnisse der J. G. in allen Ländern, sowohl in wissenschaftlichen Kreisen, wie beim Publikum genießen, nicht gerinne Schwierigkeiten im Wege stehen. Vielfach sind Beitrebungen im Gange, die darauf hinzielen, der Ausfuhr deutscher Erzeugnisse die größten Hindernisse zu bereiten. So haben zahlreiche Länder die Einfuhr pharmazeutischer Erzeugnisse durch gesetzgeberische Maßnahmen, wenn nicht zu unterbinden, so doch zu erschweren versucht, die zu übertwinden nicht immer kaum möglich ist. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß Deutschland keine derartigen repressiven Bestimmungen erlassen hat, und ausländische Spezialitäten, sofern es nicht ausgesprochene Geheimmittel sind, ungehindert herein läßt. Auf dem inneren Markt besteht zurzeit eine starke Ueberflutung mit Arzneimittelspezialitäten aller Art, die mancherlei unerfreuliche Erscheinungen zeitigt und die Weiterentwicklung eines soliden, auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebauten Geschäfts erschwert. Wenn sich trotzdem bezüglich der sogenannten Spezialpräparate noch eine erfreuliche Entwicklung feststellen läßt, so ist dies bei den pharmazeutischen Chemikalien leider nicht der Fall. Industrieen, wie sie das Ausland nach dem Kriege vielfach geschaffen hat, haben zu Preisstellungen geführt, die für viele Erzeugnisse der J. G. geradezu ruinös genannt werden müssen. Tritt hierin keine durchgreifende Aenderung der Verhältnisse ein, so ist leider an eine Besserung nicht zu denken.

Wicküler-Küpper-Brauerei, A.-G., Elberfeld. Aus einem Reingewinn von 590 510 Rm. (i. V. 795 178 Rm.) soll eine Dividende von 12 Prozent (wie im Vorjahre) für das am 31. Oktober abgelaufene Geschäftsjahr verteilt werden. H.-V. am 5. März 1927.

Die Direktion der Disconto-Gesellschaft Berlin zur neuen Reichsanleihe

In dem soeben erschienenen Monatsbericht der Disconto-Gesellschaft wird ausführlich zu der Aufnahme der neuen Reichsanleihe Stellung genommen. Es heißt da u. a.: Die hochbedeutsame Tatsache, daß das Reich zum ersten Male seit der Wiederherstellung normaler Währungsverhältnisse mit einer großen Anleihe an den inländischen Kapitalmarkt herantritt, gibt Veranlassung zu einer kurzen Prüfung des gegenwärtigen Standes der Reichsfinanzen. Dabei ist gleich vorwegzunehmen, daß es nicht etwa unmittelbar drängender Geldbedarf ist, der das Reich zur Auflegung der 500 Millionen-Anleihe zwingt. Vielmehr ist die Kassenlage durchaus flüssig, da die ersten acht Monate des laufenden Etatsjahres (April bis November 1926) mit einem kassenmäßigen Ueberschuß von 168 Mill. Rm. abgeschlossen haben. Wenn trotzdem der gegenwärtige Augenblick für die Auflegung der Anleihe gewählt worden ist, so waren dafür zunächst lediglich die Erwägungen ausschlaggebend, die von der besonderen Verfassung des deutschen Geldmarktes ausgehen.

Sie legten es der Reichsfinanzverwaltung nahe, den „besonders günstig erscheinenden Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen" und für kommenden Bedarf an Anleihemitteln zu relativ recht vorteilhaften Bedingungen Vorsorge zu treffen. Daß mit diesem Bedarf in absehbarer Zeit zu rechnen ist, legt das bisherige Ergebnis des Finanzjahres 1926/27 nahe. Dieses deckt sich durchaus nicht mit dem oben erwähnten Kassenüberschuß von 168 Mill. Rm. Zwar ist der etatsmäßige Ueberschuß im ordentlichen Haushalt noch größer. Dem stehen aber die ungedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushalts und die nur zu einem kleinen Teil gedeckten Ausgaben des Nachtragshaushalts gegenüber. Der aus diesen beiden Positionen entspringende ungedeckte Ausgabenbetrag belief sich schon Ende November auf 734 Mill. Rm. Er wird bis zum Ende des Haushaltsjahres noch eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren. Dabei handelt es sich allerdings neben Ausgaben für die Kriegslasten, die Erwerbslosenfürsorge, soziale Fürsorge und einmalige Beamtenzulagen zum Teil auch um die Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung des allgemeinen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsbahngesellschaft, die im Darlehnswege erfolgt. So erhält die Reichsbahngesellschaft ein Darlehen von 100 Mill. Rm., die in Form der Bestellung von Lokomotiven und Waggons an die Wirtschaft weiterfließen. In die gleiche Kategorie gehört u. a. auch ein Darlehen an die oberschlesische Eisenindustrie und ein weiteres zur Fortführung begonnener neuer Eisenbahnbauten. Auch nach Abzug dieser als Darlehen herausgehenden Mittel, auf die das Reich Zinsen erhält, verbleibt als Folge der Nachtragsbewilligungen des Parlaments eine Steigerung der Ausgaben, angesichts deren der dringende Ruf des Reichsfinanzministers nach Sparsamkeit allzu berechtigt erscheint.

Eine Gegenüberstellung der Gesamtziffern, Ueberschüsse im ordentlichen Haushalt auf der einen, Fehlbeträge im außerordentlichen und im Nachtragshaushalt auf der anderen Seite, muß zu dem Schluß führen, daß ein größeres Defizit für 1926 unvermeidlich sein wird. Daß auch die Reichsfinanzverwaltung diesen Schluß zieht, kommt in der nunmehr erfolgenden Auflegung der Anleihe zum Ausdruck. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sollte man annehmen, daß ein Teil der Anleiheerlöses auch noch dem am 1. April beginnenden neuen Finanzjahr zugute kommen wird. Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß die Besserung der Wirtschaftslage, die sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres angebahnt hat, weiter von Dauer ist. Eine richtige Würdigung der Finanzlage des Reichs müßte dahin führen, daß die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts 1927 ganz erhebliche Einschränkungen erfahren. Damit wäre auch die Gefahr behoben, daß das Reich unter Umständen mit einer weiteren Anleihe in einem Augenblick hervortreten müßte, da die Wirtschaft diese Entziehung von Kapital ganz anders treffen würde, als es unter den augenblicklichen Geldmarktverhältnissen der Fall ist.

Wollstoffe

Feste Schlußtendenz der Londoner Kolonialwollauktionen. Am Schlußtage der derzeitigen Londoner Kolonialwollauktionen war laut Konfektionär die Konkurrenz äußerst lebhaft und die Preise blieben fest. Scoured Merinoswollen lagen 5 Prozent höher als zu Beginn der Auktion, beste Merinoschurwollen 5—7½ Prozent höher und Kapwollen 5 Prozent höher. Bei minderwertigen Waren waren die Preise unverändert. Das Gesamtangebot, das sich auf 11 750 Ballen belläuft, wurde flott abgesetzt und die Stimmung blieb bis zuletzt gut. Im einzelnen gelangten folgende Preise zustande: Neuseeland-Kammzug: 4250 Ballen Neuseeland- und Queensland, 1950 Victoria, 443 Westaustralische, 4125 Kreuzzucht- und 438 Ballen Kapwollen. Nachstehend die Schlußpreise der ersten diesjährigen Londoner Kolonialauktionen. Neuseeland- und Queensland: scoured Merinoskammwollen 24½—45, Mittelwollen 46, Merinoschurwollen 13—29, Mittelwollen 19—24; Victoria: scoured Kammwollen 34, Comeback 33, Merinoschurwollen 25—29, Mittelwollen 23; Südwestafrikanische: Lammwollen 19—29, Kammwollen im Schweiß 18—19, Mittelwollen 17; Westafrika: scoured Kreuzzuchten 19—22½, Kreuzzuchten im Schweiß 9—18, Gerberhaardunchen 15—24, Kapkammzugwollen 26—29; einige Spezialauktionen: Neuseeland: Coonoo ammwollen im Schweiß 20—26½; Queensland: Cameron Downs scoured Stücke 41. Die Preise verstehen sich in Pence per engl. lb.

Industrie- und Handelsbörse Stuttgart. Auf der am 2. Februar in Stuttgart abgelaufenen Industrie- und Handelsbörse blieben, laut Tagesbericht des „Konfektionär", die Notierungen für Baumwollgarne unverändert; dagegen erhöhten sich bei den Geweben die Preise für Cretonnes und Satins um ½ Pfennig per Meter, während Kretonne unverändert blieben. Im einzelnen notierten: Baumwollgarne: (beste süddeutsche Qualität) Nr. 20 engl. Trossel 59—61 Dollarcents = 2.84 bis 2.96 M. per Ka., Nr. 30 engl. Trossel 73—75 Dollarcents = 3.07—3.15 M. per Ka., Nr. 36 engl. Trossel 75—77 Dollarcents = 3.15—3.23 M. per Ka., Nr. 42 engl. Vincop 78—80 Dollarcents = 3.28—3.36 M. per Ka. Baumwollgewebe: (beste süddeutsche Qualität): 88 Zentimeter Cretonne 16/16 aus 20/20er per Meter 11½—12 Dollarcents (11¼—11⅝) = 48.3—50.1 (47.3—49.1) Pfg., 88 Zentimeter Renforce, 16/18 aus 30/30er, per Meter 10½—11 Dollarcents = 44.1—46.2 Pfg., 92 Zentimeter glatte Kattune 19/18 aus 36/42er per Meter 9½—10 (9¼—9⅝) Dollarcents = 39.9—42 (38.8 bis 40.9) Pfg. Die in Klammern befindlichen Zahlen sind die Notierungen der letzten Börse. Die nächste Börse findet am 16. Februar in Stuttgart statt.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für Politik: Adolf Lindemann; für Lokales, Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Geßleitz; für Volkswirtschaft und Sport: Dr. Hans Hemminghaus; für Mitteldeutschland und den allgemeinen Teil: Dr. Hans Ulrich Reinke. Für den Anzeigenteil: Paul Herbert; sämtlich in Halle — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 68, Jerusalemerstraße 12. Anzeigen: Alfred W. Kamnitz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702042-16/fragment/page=0004